

# PARTEILEHRJAHR aktuell

# Informationen zu Themen des Monats

## Neu bei Dietz

### Zum Zusammenhang von sozialistischer Demokratie und Intensivierung

Über Erfahrungen aus der Entwicklung in Kombinat: Klaus Hahn, Sozialistische Demokratie und umfassende Intensivierung. Hrsg.: Rat für Wissenschaftlichen Kommunismus. Dietz Verlag Berlin 1988, 168 Seiten, Broschur, 5,30 Mark.

Sozialistische Demokratie und umfassende Intensivierung - das wechselseitige Wirkungsgeschehen von diesen entscheidenden Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens? Wie weit mit der Durchsetzung der erweiterten Reproduktion die objektive Basis sozialistischer Demokratie erweitert? Welche Impulse und Initiativen von den politischen Aktivitäten der Werktätigen in den Kombinat aus, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt voranzutreiben? Wie muß demokratisches Verhalten Produzenten weiterentwickeln, um den Herausforderungen moderner Technik in der Industrie gerecht zu werden? Der Autor gibt darauf Antworten, indem er seine Erfahrungen von der Entwicklung in den Industriekombinat verarbeitet.

## buchtip

### Individuelle Freiheit - was wurde und wird darunter verstanden

Die philosophische Erkenntnis zu einem Grundproblem des Humanismus: Harald Höffel: Individuelle Freiheit in der Antike und Gegenwart. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK SED, Dietz Verlag Berlin 1988, 212 Seiten, Pappband, 16,50 Mark.

Im Alltag versteht man unter Freiheit oft Unabhängigkeit und Ungebundenheit. Mancher fühlt sich um so freier, je weniger Verbindungen er hat. Andere wünschen sich in der beruflichen Tätigkeit mehr Freiheit. Doch erschöpft sich darin die individuelle Freiheit hier heute? Diese Frage stellt wohl jeder, der mehr über die kompliziertesten und widerspruchsvollsten Probleme der Philosophie erfahren will.

WERNER TEICHMANN



BRD: Stahlarbeiterprotest. Voll Sorge sind die Gesichter der Arbeiter. Auf einer machtvollen Kundgebung in der Werkhalle des Walzwerkes protestierten Stahlwerker und ihre Familien gegen die beabsichtigte Schließung des Krupp-Stahlwerkes in Duisburg-Rheinhausen. Ihre enge Verbundenheit mit den von der Entlassung bedrohten 3300 Stahlwerkern bekundeten mit Demonstrationen und Kundgebungen auf dem Gelände des Werkes in Duisburg-Rheinhausen tausende Bürger.



Angst vom Verlust des Arbeitsplatzes, Angst vom Morgen sind typisch für die gegenwärtige Lage der 'Arbeitnehmer' im 'Sozialstaat' BRD. Das allerdings führt auch zu einer zunehmenden Solidarisierung. Foto: ADN-ZB (Archiv)

Den neuen Krisentyp des staatsmonopolistischen Kapitalismus entlarvt

# Moderne Ausbeutungspraktiken und wie sie verschleiert werden

SEMINAR zur Leninschen Theorie über den Imperialismus

Erstens. Seit den 70er Jahren gibt es erhebliche Veränderungen in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Dazu zählt die Ausprägung eines neuen Krisentyps, der durch stagnante Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung, strukturelle Überakkumulation, verstärkte Internationalisierung des Kapitals und einen massiven Schub bei der Einführung neuer Technologien gekennzeichnet ist. Da in den meisten kapitalistischen Ländern sich diese Entwicklung auf der staatspolitischen Ebene über die Konzepte der Angebotsökonomie vollzieht, sind die Folgen gravierend: Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Ausbeutungsdruck nehmen zu. Die Arbeiterklasse wehrt sich dagegen, so daß die Auseinandersetzungen um Richtung und Anwendung der neuen Technik in Betrieb und Gesellschaft zu einem zentralen Feld der Klassenauseinandersetzung geworden sind.

Zweitens. Bei der Einführung neuer Technologien (verbunden mit der Umorganisation von Betrieben und Konzernstrukturen) konzentrieren sich die Monopole vor allem auf elektronisch gestützte Informations- und Kommunikationstechnologien für die Technisierung von Steuerungs-, Regelungs- und Informationsverarbeitungsfunktionen. Spektakuläre Beispiele bietet dafür der größte US-Autokonzern General Motors (GM).

Drittens. Je mehr neue Technik bei Beibehaltung oder (zumeist) Verringerung der Arbeitskräfte eingesetzt wird, um so höher ist die Arbeitsproduktivität und damit der Profit. So ist allein in der verarbeitenden Industrie der BRD die Arbeitsproduktivität je Beschäftigten von 1980 bis 1986 um 16,1 Prozent gestiegen, die Zahl der Arbeitskräfte aber um 900 000 zurückgegangen. Dieser Faktor beeinflusst entscheidend die Nettogewinne, die im glei-

chen Zeitraum bei den 30 größten Kapitalgesellschaften der verarbeitenden Industrie um 21,5 Prozent und damit 3,7mal so schnell wie die reale Nettolohn- und -gehaltssumme der dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten gestiegen sind, die sich nur um 3,8 Prozent erhöhte.

Viertens. Diese Prozesse ziehen einen Umbruch in der Arbeit nach

zielt diese Profitstrategie erleichtert. Parallel dazu werden ältere „leistungsschwächere“ Arbeitskräfte ausgeschiedet.

Siebentens. In der Auseinandersetzung mit den neuen Technologien kann es der Arbeiterklasse nicht um die Alternative abstrakter „Technikbejahung“ oder „Technikverneinung“ gehen. Es geht vielmehr um die Formulierung und Durchsetzung eigenständiger Ziele und Interessen mit Blick auf die Technik- und Produktivitätsentwicklung in ihrem Wechselverhältnis mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, das heißt: Neue Belastungen im Betrieb müssen abgewehrt und mit dem Kampf um gesellschaftliche Alternativen verbunden werden.

Achtens. Neben der zentralen Frage der Massenarbeitslosigkeit und damit der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse wird die Gewinnung neuer, mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundener sozialer Gruppen der Lohnabhängigen, vor allem der Intelligenz, zu einer erstrangigen Aufgabe.

**THEMA 8:**  
**Der XI. Parteitag über die Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus im Prozess der wissenschaftlich-technischen Revolution. Der Kampf der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger in den kapitalistischen Industrieländern gegen die sozialen Folgen der kapitalistischen Nutzung der Resultate von Wissenschaft und Technik.**

## Neu im Bestand der Bildungsstätte

Für die Gestaltung des Parteilehrjahres sehr zu empfehlen sind die neuen Dia-Ton-Vorträge, die in der Bildungsstätte der SED-Kreisleitung auszuleihern sind:

Dia-Serie (1987) „Weiter voran auf erfolgreichem Kurs - die Beschlüsse der XI. Parteitages der SED werden verwirklicht“ (Nr. 1951)

Tomband-Dokumentation (1987) „Die Alternative unserer Zeit: friedliche Koexistenz oder Nichtexistenz“ (Nr. 1953)

Dia-Ton-Vortrag (1987) „Die volkswirtschaftliche Schlüsselrolle moderner Technologien - flexible Automatisierung“ (Nr. 1955)

Dia-Ton-Vortrag (1987) „Der Hauptkriegstreiber den Weg verlassen“ (Nr. 1959)

Dia-Ton-Vortrag (1987) „Kommunale Politik - Politik für und mit der Gemeinschaft“ (Nr. 1959)

Dia-Ton-Vortrag (1988) „Die volkswirtschaftliche Schlüsselrolle moderner Technologien - CAD/CAM“ (Nr. 1960)

Dia-Ton-Vortrag (1988) „Wissenschaftskooperation für Spitzenleistungen“ (Nr. 1961)

Übrigens... hat die „Selbsthilfwerkstatt“ zur Gestaltung von Materialien zur Siechtagnation für den 1. Mai seit dem vergangenen Dienstag ihre Pforten geöffnet. Anmeldungen bitte über Genn. Mann, HG IV, Etage (Regiedienst), tel. unter 7 19 24 65.

SEMINAR zur Strategie und Taktik der SED bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik

## Umfassende Möglichkeiten zu realer Mitgestaltung noch wirksamer nutzen

THEMA 8: Die politische Organisation der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Der XI. Parteitag der SED über die Aufgaben zur weiteren Festigung der sozialistischen Staats- und Rechtsordnung in der DDR.

In der von den Klassikern des Marxismus-Leninismus entwickelten Lehre von der Diktatur des Proletariats wird das qualitativ neue Wesen der politischen Macht der Arbeiterklasse, die sie im Bündnis mit der Bauernschaft bzw. der Klasse der Genossenschaftsbauern und den werktätigen Schichten unter Führung ihrer revolutionären Partei ausübt, begründet. Mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats entsteht die politische Organisation des Sozialismus, die erstmals das einheitliche schöpferische Wirken aller Werktätigen zu ihrem eigenen Wohl ermöglicht. Dementsprechend hat die SED in ihrem auf dem IX. Parteitag 1976 beschlossenen Programm folgende Orientierung gegeben: „Die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist auf die weitere allseitige Stärkung der sozialistischen Staats- und Rechtsordnung und die Lösung der vielfältigen und häufig - wie unter anderem auf der 5. Tagung des ZK der SED deutlich unterstrichen wurde - sehr komplizierten Aufgaben einbezogen werden.“

Eine besondere Verantwortung obliegt dabei den Organen des sozialistischen Staates, weshalb die SED die weitere Stärkung des sozialistischen Staates als ein unabdingbares Erfordernis für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft betrachtet. Dabei sollte noch stärker beachtet werden, daß ein untrennbarer Zusammenhang zwischen der weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie, der planmäßigen Ausgestaltung der sozialistischen Rechtsordnung und der ständigen Festigung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit besteht.

Damit hat sich über einen vier Jahrzehnte währenden Prozeß eine politische Organisation der sozialistischen Gesellschaft herausgebildet und entwickelt, die sowohl den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus als auch den konkret-historischen und national-spezifischen Bedingungen, unter denen der Aufbau des Sozialismus in der DDR vollzogen wurde und die entwickelte sozialistische Gesellschaft gestaltet wird, entspricht.

Wird von den Bruderparteien der sozialistischen Staatengemeinschaft übereinstimmend begründet, daß die ständige Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie ein gesetzmäßiger Prozeß der Entwicklung der politischen Organisation des Sozialismus, die Hauptaufgabe der Entwicklung des sozialistischen Staates darstellt, so vollzieht sich auch dieser Prozeß in den einzelnen sozialistischen Ländern entsprechend der konkreten Bedingungen und Erfordernisse des jeweiligen Landes.

Das betrifft solche Fragen, wie die marxistisch-leninistische Partei, ihre Führungsrolle auf den verschiedenen Ebenen und in den verschiedenen Bereichen verwirklicht, wie die staatlichen Organe, insbesondere die Volksvertretungen, eine bürgernahe, an den Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung orientierte sozialistische Kommunalpolitik entwickeln und verwirklichen, wie die Gewerkschaften als umfassendste Klassenorganisation der Arbeiterklasse zur Geltung bringen, wie die mit der SED befreundeten Parteien wirksam zur Vertiefung der Bündnisbeziehungen bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft beitragen, wie die Ausschüsse der Nationalen Front mittels der Bürgerinitiative „Schöner unsere Städte und Gemeinden - auch mit!“ in allen Städten und Ge-

meinden aktiv zur ständigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen beitragen.

Insgesamt ist die strategische Orientierung der SED gegenwärtig darauf gerichtet, auf der Grundlage der bestehenden politischen Organisation die ihr innewohnenden demokratischen Potenzen für die allseitige Entfaltung der Persönlichkeit, für das kreative Handeln der Menschen immer umfassender auszuschöpfen, die umfassenden Möglichkeiten realer Mitbestimmung und Mitgestaltung noch wirksamer zu nutzen. Es geht darum, den bewährten Grundsatz „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“ auf allen Leitungsebenen und in allen Bereichen so zu verwirklichen, daß die Bürger mit konkreter Verantwortung in die Leitung von Staat und Gesellschaft, bei der Lösung der vielfältigen und häufig - wie unter anderem auf der 5. Tagung des ZK der SED deutlich unterstrichen wurde - sehr komplizierten Aufgaben einbezogen werden.

Aktive Teilnahme an der Leitung, Planung und Verwirklichung unserer Gesellschaftspolitik ist sowohl ein Recht der Bürger unserer Gesellschaft als auch eine Pflicht. Wer nur das Recht in Anspruch nimmt, über Prozesse, Leistungsentscheidungen, Resultate zu urteilen, selbst aber wenig Bereitschaft zeigt, aktiv bei notwendigen Veränderungen mitzuwirken, wird den Erfordernissen unserer Zeit wohl kaum gerecht. Das gilt sowohl für Aufgaben auf ökonomischem und sozialem Gebiet als auch für die Lösung der Aufgaben, die an unserer Universität auf wissenschaftlichem Gebiet - ob in der Forschung oder im Studienprozeß - zu bewältigen sind.

Die SED hat immer wieder deutlich gemacht, daß die Erfahrungen unserer Gesellschaftsentwicklung besagen, daß demokratische Beratungen mit den Bürgern nicht als Selbstzweck, als eine Formsuche verstanden werden dürfen. Es geht vor allem darum, die Meinung derjenigen Werktätigen bei der Vorbereitung von Entscheidungen einzubringen, die von diesen Entscheidungen betroffen werden. Wenn in Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED im Juli 1985 das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen in der DDR beschlossen wurde, dann trägt dieses Gesetz dem genannten Erfordernis bei der Verwirklichung einer bürgernahe sozialistischen Kommunalpolitik Rechnung.

In seinem Referat auf der Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen am 12. Februar dieses Jahres hat Erich Honecker betont: „Die Ergebnisse unserer Kommunalpolitik belegen, wie sich die sachkundige Mitarbeit der Bürger aller Klassen und Schichten an den gesellschaftlichen Angelegenheiten entwickelt... Dabei hilft die Kommunalpolitik, territoriale Ressourcen noch besser zu erschließen. Immer mehr wird die Gemeinschaftsarbeit zwischen den örtlichen Staatsorganen und den Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen im Territorium zur Schlüsselfrage einer hohen Qualität unserer Kommunalpolitik.“ (S. 83). Dafür tragen alle im Territorium wirkenden politischen Organisationen Verantwortung.

Dozent Dr. RUDOLF PFRETZSCHNER